



Landeshauptstadt Wiesbaden | Amt 16 | Postfach 39 20 | 65029 Wiesbaden

**Amt der
Stadtverordnetenversammlung**

Schlossplatz 6*
65183 Wiesbaden
Sachbearbeiter: Ralf Morbe
Telefon: 0611 31-3314

**Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 11. Februar 2026**

1. Absetzung von der Tagesordnung

IV/1 Abberufung aus dem Aufsichtsrat ESWE Verkehr auf Antrag der Fraktion BLW/BSW/Wardak

2. Umsetzung auf die TO I

III/6 Beauftragung der Veröffentlichung des Entwurfs Zielszenario, Wärmeversorgungsgebiete und Umsetzungsstrategie nach dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes (WPG) auf Antrag der FDP-Fraktion

3. Anträge, Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 11.02.2026 betr. „Kürzungsvorschläge des Landes bedrohen die soziale Stadt“

II/33 Beschluss des Ortsbeirates Südost vom 10.02.2026

IV/7 Ortsbeiratsbeschluss Klarenthal zur NÖ-Sitzungsvorlage - kann von den Stadtverordneten in NextCloud eingesehen werden

4. Protokollerklärungen und Abstimmungsverhalten

Es liegen Protokollerklärungen von CDU, FDP, AfD, FWG/PRO AUTO und BLW/BSW/Wardak vor (s. Anlagen).

Allgemeine Hinweise

Jeder/jede Mandatsträger/in ist zu jedem Punkt verpflichtet zu prüfen, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Ist diese Möglichkeit gegeben, so ist dies anzuzeigen und der Sitzungssaal zu verlassen. Eine Teilnahme als Zuhörer/Zuhörerin ist nicht zulässig. Zu den Bauleitplanungen kann im Amt der Stadtverordnetenversammlung Einsicht in die entsprechenden Pläne genommen werden.

Unsere Servicezeiten:
montags bis donnerstags
von 8.30 bis 16.30 Uhr und
freitags von 8.30 bis 12.30 Uhr

Sammelnummer und Auskunft: 0611 31-0

Bankverbindungen der Stadt Wiesbaden:

Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. Nr. 100 000 008 (BLZ 510 500 15)
Postbank Frankfurt/M.
Kto. Nr. 2680-608 (BLZ 500 100 60)

*erreichbar von den ESWE-Haltestellen:
Haltestelle „Dern'sches Gelände“;
Linien 1, 2, 4, 5, 8, 14, 15, 16, 17, 18, 21,
22, 23, 24, 27, 36, 45, 46, 48, 147, 806
Parkmöglichkeit: Parkhaus „Markt“



An den Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 11.02.2026

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2026

Kürzungsvorschläge des Landes bedrohen die soziale Stadt

In den vergangenen Tagen wurden Kürzungsvorschläge des Kultusministeriums und Landwirtschaftsministeriums öffentlich und breit diskutiert. Sie haben große Auswirkungen für die hessischen Kommunen. Der Landtag verhandelt aktuell über einen neuen Haushalt, in der vergangenen Plenarwoche haben sich diesbezüglich neue Dynamiken ergeben.

Das Hessische Kultusministerium plant zum Schuljahr 2026/2027 Änderungen bei der Lehrerzuweisung an Integrierten Gesamtschulen. Betroffen sind Jahrgänge, in denen vollständig binnendifferenziert unterrichtet wird – also in Klassen, in denen Schüler*innen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus gemeinsam lernen. Nach Angaben des CDU-geführten Ministeriums werde mit der Kürzung „lediglich eine seit Jahren notwendige Anpassung nachgeholt“. Entfallen soll der Zuschlag für die sogenannte äußere Differenzierung, also für getrennte Leistungsgruppen, die es in vollständig binnendifferenzierten Jahrgängen nicht gibt. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass es die Binnendifferenzierung an einer IGS ermöglicht, den individuellen Lernprozess der Schüler*innen zu optimieren, ohne dabei die Vorteile einer heterogenen, gemeinschaftlichen Lerngruppe aufzugeben. Mit den nun entfallenden Stundenanteilen werden zudem zusätzliche Angebote wegfallen, die bislang dazu beigetragen haben, dass integrierte Gesamtschulen einen zentralen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten. Individuelle Fördermaßnahmen an diesen Schulen, die künftig fehlen werden, sind: zusätzliche Lernzeiten, flexible Gruppensettings, individualisierte Lernangebote sowie gezielte Unterstützungsangebote für besonders förderbedürftige Schüler*innen. Diese können dann nicht mehr angeboten werden.

Im ersten Entwurf des Landeshaushalts plant die Hessische Landesregierung, die institutionelle Förderung der Verbraucherzentralen Hessen um 600.000 EUR zu kürzen. Zur Begründung verweist die Landesregierung darauf, dass die zusätzliche Landesförderung im Zuge des erhöhten Beratungsbedarfs während der Energiekrise 2022 lediglich befristet gewährt worden seien; der Beratungsbedarf habe sich inzwischen reduziert.

Diese Einschätzung steht im Widerspruch zur tatsächlichen Entwicklung. Nach Angaben der Verbraucherzentralen erhielten im Jahr 2025 hessenweit 99.500 Personen Beratung - ein Anstieg um

elf Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau. In Wiesbaden wurden 3033 Ratsuchende unterstützt. Die Stadt Wiesbaden beteiligt sich an der Zuschussfinanzierung der örtlichen Verbraucherzentrale, um Fixkosten anteilig abzudecken und das gefragte Beratungsangebot aufrechtzuerhalten. Eine strukturelle Unterfinanzierung durch das Land kann die Kommune jedoch nicht kompensieren, um der drohenden Schließung zu entgehen.

Diesen Appell zur Rücknahme der Kürzungen hatten die Verbraucherzentralen Hessen auf ihrer Kundgebung am 3. Februar an politische Entscheider herangetragen. Zwischenzeitlich fand die Haushaltsdebatte des Hessischen Landtags statt, in der eine Reaktion des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat auf diesen öffentlichen Appell ausblieb. Zudem war zum Zeitpunkt des Beschlusses des städtischen Haushalts für 2026 der Stadt Wiesbaden nicht bekannt, dass das Land die Förderung der Verbraucherzentrale Hessen um 600.000 EUR zu kürzen beabsichtigt und wie hoch der erforderliche Mietzuschuss für die Verbraucherzentrale Wiesbaden sein wird. Damit wird die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die letzte Möglichkeit in dieser Wahlperiode sein, ein breites kommunalpolitisches Signal zu setzen für den Erhalt der örtlichen Anlaufstelle für Verbraucherfragen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Die Stadtverordnetenversammlung stellt sich gegen die im Raum stehenden Kürzungen an den IGSen. Sie fordert den zuständigen Kultusminister dazu auf, Wege aufzuzeigen, wie das bisherige Leistungsspektrum an IGSen mit Binnendifferenzierung aufrechterhalten werden kann. Kürzungen der Angebote an IGSen sind der falsche Weg. Die laut Kultusministerium "seit Jahren notwendige Anpassung" muss im Lichte der gewachsenen Herausforderungen der IGSen neu bewertet werden. Außerdem stellt sich die STVV gegen die im Raum stehenden Kürzungen an den Verbraucherzentralen Hessen. Sie fordert den zuständigen Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat dazu auf, eine alternative Finanzierung für den Erhalt der Verbraucherzentrale als Anlaufstelle für die Wiesbadener*innen aufzuzeigen und das Personal der Verbraucherzentrale Wiesbaden weiterhin vollumfänglich zu bezahlen.*

Der Magistrat wird gebeten mittels Nachfrage beim Staatlichen Schulamt Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis zu berichten,

- a) *Was bedeutet die im Raum stehende geplante Kürzung der Zuweisung für jede der acht IGSen in Wiesbaden?*
- b) *Was bedeuten die geplanten Einschnitte für Förderung, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit?*
- c) Der Magistrat wird zudem gebeten, den Mietzuschuss für die Verbraucherzentrale Wiesbaden im laufenden Haushaltsjahr 2026 auf 38.694,78 EUR zur vollständigen Deckung von Mietzins und Betriebskosten zu erhöhen. Die Deckung erfolgt aus dem Budget von Dezernat IV.



Gesine Bonnet/Prof.Dr. Johannes Luderschmidt
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Silas Gottwald
Fraktionsvorsitzender, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Felix Kisseler
Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

Silas Gottwald
Fraktionsgeschäftsführer, SPD

Pascal Wolf
Fraktionsreferent, Die Linke

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt

Morbe, Ralf

Von: Goltz, Jan
Gesendet: Mittwoch, 11. Februar 2026 09:33
An: 16 Stadtverordnetenversammlung; Dezernat V
Betreff: OBR Südost, Votum, SV 25-V-66-0229

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ortsbeirat Südost hat die Sitzungsvorlage Nr. 25-V-66-0229 in seiner gestrigen Sitzung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Goltz

Landeshauptstadt Wiesbaden
- Der Magistrat -
Hauptamt
- Grundsatz Ortsbeiräte, Geschäftsführung Ortsbeiräte Innenstadt,
Ausländerbeirat und Seniorenbeirat -
Schlossplatz 6
65183 Wiesbaden
Tel.: (0611) 31-2482
E-Mail: ortsbeiraete-innenstadt@wiesbaden.de

CDU-Rathausfraktion | Schlossplatz 6 | 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schlossplatz 6
65183 Wiesbaden

An den Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung
Herr Dr. Gerhard Obermayr

Telefon: 0611-31 21 59
Telefax: 0611-31 59 10

Wiesbaden, 11. Februar 2026

Umdruck zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2026

A. Umsetzungswünsche

keine

B. Protokollerklärungen / Abstimmungsverhalten

I. Protokollerklärungen

- II/40 26-V-61-0003 Baulandbeschluss
„Die CDU-Fraktion stimmt zur Sitzungsvorlage mit Ablehnung. Die Manifestierung hoher Bebauungsdichten in Vororten (mind. 50 WE/ha) und hoher, starrer Quoten für geförderten Wohnraum (40%) lehnen wir ab.“
- III/10 25-V-61-0049 Beschluss des Bodenmanagementkonzepts
„Die CDU-Fraktion lehnt das Bodenmanagementkonzept ab. Die bereits existierenden Mittel zum Bodenschutz werden als ausreichend erachtet. Zusätzliche - zuvorderst bürokratische - Instrumente sind nicht förderlich.“
- IV/4 25-V-06-0008 Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe vom 01.01.2025 bis 31.12.2026
- Protokollnotiz nichtöffentlich – kann im NextCloud / PiWi für Stadtverordnete eingesehen werden -

II. Abstimmungsverhalten

Tagesordnung II

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/4 25-F-63-0095 Mobilitäts-Dashboard für Wiesbaden
- II/15 25-V-02-0031 Eigenkapitalzuführung WJW

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- II/40 26-V-61-0003 Baulandbeschluss

Tagesordnung IV

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/3 25-F-63-0105 Konsequenzen aus dem Revisionsbericht 2025-DBW-Nr.1 Geschäftstätigkeit DBW ziehen

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- IV/2 25-A-19-0009 Bericht der Konzernrevision 2024-SEG-01
- IV/4 25-V-06-0008 Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe vom 01.01.2025 bis 31.12.2026

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Dr. Gerhard Obermayr

Wiesbaden, 10.02.2026

Protokollnotiz und Abstimmungsverhalten der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 2026

1. Umsetzungswünsche

- **III/6** *Beauftragung der Veröffentlichung des Entwurfs Zielszenario, Wärmeversorgungsgebiete und Umsetzungsstrategie nach dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes (WPG)*

2. Abstimmungsverhalten

Die FDP-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- **II/15** *Eigenkapitalzuführung WJW*
- **II/33** *Radschnellweg Wiesbaden-Frankfurt (FRM3) - Weitere interkommunale Zusammenarbeit, Grundsatzvorlage*
- **II/35** *Radschnellverbindung Wiesbaden-Mainz - 1. Bauabschnitt Klingholzstraße bis Theodor-Heuss-Ring*
- **II/37** *Haushaltsplan 2027/2028 – Verfahren und Terminplan*

Die FDP-Fraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- **II/14** *Walhalla - Kenntnisnahme Planungsstand, Beschluss Rückbau westlicher Anbau, Beauftragung erweiterte Planungsleistungen*
- **II/40** *Baulandbeschluss*
- **IV/4** *Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe vom 01.01.2025 bis 31.12.2026*

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Wiesbaden, 09.02.2026

Protokollnotiz der AfD-Fraktion zur STVV am 11.02.2026

ÄNDERUNGEN ZUR TAGESORDNUNG I

1. Vorschläge zur Umsetzung

keine

2. Vorschläge zur Absetzung

Keine

PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER AFD-FRAKTION

3. Protokollerklärungen der AfD-Fraktion zu folgenden Tagesordnungspunkten

4. Abstimmungsverhalten

4.1. Tagesordnung II

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/6. Sprühnebelanlagen zur Reduzierung von Hitzebelastungen 26-F-63-0004
- II/7. Teilhabe stärken: Migrantische Selbstorganisation... 26-F-63-0009
- II/8. Mietvertrag Kreativfabrik 26-F-63-0015
- II/14. Walhalla - Kenntnisnahme Planungsstand, Beschluss... 25-V-01-0015
- II/15. Eigenkapitalzuführung WJW 25-V-02-0031
- II/19. Anpassung Verkehrszuschuss zur Finanzierung der... 25-V-05-0043
- II/20. Neubau Haus der Vereine Igstadt 25-V-10-0009
- II/24. Maßnahmen und Projekte des Kulturamtes 2026 25-V-41-0027
- II/27. Hessische Theatertage 2026 25-V-41-0034
- II/31. Übernahme Photovoltaikanlagen 36-64 25-V-64-0002
- II/34. Stillgelegte Bahntrasse Erbenheim - Einrichtung einer Rad... 25-V-66-0227
- II/35. Radschnellverbindung Wiesbaden-Mainz -... 25-V-66-0229
- II/37. Haushaltsplan 2027/2028 - Verfahren und Rahmenterminplan 26-V-20-0001
- II/40. Baulandbeschluss 26-V-61-0003

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/18. Gesundheitspolitisches Leitbild der Landeshauptstadt Wiesb... 25-V-04-0014
- II/23. Außenstelle Fluxusschule Interim Standortwechsel... 25-V-40-0029
- II/25. Vorläufiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2025 25-V-41-0032
- II/26. Programm und Finanzierung Internationalen Maifestspiele 2026 25-V-41-0033
- II/36. Datenstrategie der Landeshauptstadt Wiesbaden 26-V-07-0001
- II/39. Vertragsanpassung der Schulbauprojekte im Mietmodell 26-V-40-0001

5.2 Tagesordnung III

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- III/6. Beauftragung der Veröffentlichung des Entwurfs Zielszenario... 25-V-36-0030
- III/10. Beschluss des Bodenmanagementkonzepts der LHW 25-V-61-0049

5.3 Tagesordnung IV

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/1. Abberufung aus dem Aufsichtsrat ESWE Verkehr 25-F-16-0011
- IV/4. Mietpreismbremse bei GWW und GeWeGe vom... 25-V-06-0008
- IV/6. Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 02-2025 25-V-20-0046

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/7. Beschluss Exposé Hofgut Klarenthal im Ortsbezirk Klarenthal 25-V-61-0048

5. Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

Werden von Amt 16 gesammelt

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Beckmann

Büroleiter

AFD-Rathausfraktion Wiesbaden

Fraktionsgemeinschaft



Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
fraktion@fwg-proauto.de
fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de

Fraktion FWG / PRO AUTO, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16

Wiesbaden, den 10.02.2026

Abstimmungsverhalten und Protokollnotiz TO II und TO IV – Fraktion FWG/PRO AUTO

Sehr geehrter Herr Dr. Obermayr,

zur Tagesordnung II stimmen wir bei den folgenden Punkten abweichend ab:

TOP 3: **25-F-63-0094** Prüfung Radschutzstreifen in Dooring-Zonen

⇒ **Enthaltung**

TOP 5: **25-F-22-0016** Digitale Aufsichtsratsarbeit stadtweit ermöglichen

⇒ **Ablehnung**

TOP 6: **26-F-63-0004** Sprühnebelanlagen zur Reduzierung von Hitzebelastungen

⇒ **Ablehnung**

TOP 18: **25-V-04-0014** Gesundheitspolitisches Leitbild der Landeshauptstadt Wiesbaden

⇒ **Enthaltung**

TOP 33: **25-V-66-0225** Radschnellweg Wiesbaden – Frankfurt (FRM 3) - Weitere interkommunale Zusammenarbeit

⇒ **Enthaltung**

TOP 34: **25-V-66-0227** Stillgelegte Bahntrasse Erbenheim – Einrichtung einer Radverkehrsanlage

⇒ **Enthaltung**

TOP 35: **25-V-66-0229** Radschnellverbindung Wiesbaden – Mainz – 1. Bauabschnitt Klingholzstraße bis Theodor-Heuss-Ring

⇒ **Enthaltung**

TOP 40: **26-V-61-0003** Baulandbeschluss

⇒ **Enthaltung**

Zur Tagesordnung IV stimmen wir bei den folgenden Punkten abweichend ab:

TOP 1: **25-F-16-0011** Abberufung aus dem Aufsichtsrat ESWE Verkehr

⇒ **Ablehnung**

TOP 3: **25-F-63-0105** Konsequenzen aus dem Revisionsbericht 2025 – DBW-Nr. 1 - Geschäftstätigkeit DBW ziehen – Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den nichtöffentlichen Beschluss Nr. 0467 der STVV vom 17.12.2025

⇒ **Ablehnung**

Protokollnotiz nichtöffentlich – kann im NextCloud / PiWi für Stadtverordnete eingesehen werden -

TOP 4: **25-F-63-0105** Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe vom 01.01.2025 bis 31.12.2026

⇒ **Enthaltung**

Mit freundlichen Grüßen

Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender

Andreas Ott

Fraktionsgeschäftsführer

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Gerhard Obermayr
- Im Hause -

Wiesbaden, den 10.02.2026

Sehr geehrter Herr Obermayr,
wir möchten Ihnen folgende Mitteilung der Fraktion BLW/BSW/Wardak zur Kenntnis geben:

1. Protokollerklärungen

/

2. Abstimmungsverhalten

2.1 Tagesordnung II

Die Fraktion stimmt mit **NEIN** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

II/6 **26-F-63-0004** Sprühnebelanlagen zur Reduzierung von Hitzebelastungen
Protokollnotiz: Sprühnebelanlagen dürften hohe Kosten für Bau und Betrieb, bzw. Wartung haben. Außerdem besteht die Gefahr von Vandalismus.

2. 2 Tagesordnung IV

/

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende

i.A. Andrea Monzel
Fraktionsreferentin